



Desaster am Venloer Wall - Stadt lässt am Grüngürtel Bäume fällen!

Ungeachtet aller Mahnungen hat die Stadt Köln Dutzende Bäume am Inneren Grüngürtel gefällt. Die Rodungen bereiten die Errichtung eines temporären Schulbaus vor, der am Inneren Grüngürtel für die nächsten zehn Jahre aufgestellt wird. Damit hat sich die Stadtverwaltung über die berechtigten Einwände von Anwohnerschaft, Elternbeirat, Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Naturschutzverband und Bezirksvertretung Innenstadt hinweg gesetzt, die dieses ökologische Desaster verhindern wollten (siehe auch Platzjabbeck 4/2022). Grundlage ist ein Beschluss aus der turbulenten Sitzung des Schulausschusses vom 16.5.2022. Nicht einmal 24 Stunden nach der Landtagswahl haben die Grünen sich ehrlich gemacht und mit einem fraktionsübergreifenden Dringlichkeitsantrag die Fällungen beschlossen. Lediglich DIE LINKE, KlimaFreunde, GUT und die FRAKTION blieben bei ihrer berechtigten Kritik und ablehnenden Haltung.

In einem früheren Essay hat der überaus umtriebige Sozialpsychologe Harald Welzer die Historiker mal zu Hellsehern der Retrospektive verklärt. Nun muss man kein gelernter Geschichtswissenschaftler sein, um daran zu erinnern, dass die Grünen seit 1999 in Köln quasi ununterbrochen (mit)regieren. Für NRW lässt sich das bekanntlich sogar auf 1995 rückdatieren, während das rotgrüne Intermezzo, das ab 1998 im Bund die neoliberale Wende vollzog, bislang beispiellos blieb. Wer nun lautstark über Lützerath lamentiert, hätte auch schon früher aufwachen können.

So wird einmal mehr die Ankündigung des Umweltdezernenten, einen Masterplan Grün als "wichtiges Instrument zur Sicherung der grünen Infrastruktur Kölns" zu erstellen, ad absurdum geführt. Nachdem der Stadtrat vor drei Jahren den Klimanotstand festgestellt hat, ist der Anteil an städtischen Grünflächen bereits weiter erheblich reduziert worden. Ein Umdenken innerhalb der Stadtverwaltung hat offensichtlich nicht stattgefunden, es wird nicht besser. Auch deshalb hat DIE LINKE in der BV Innenstadt eine Anfrage eingebracht, in welcher nach Umfang und Verhältnismäßigkeit der Rodungen gefragt wird. Warum werden Anwohner*innen nicht informiert, wie ist der Kostenrahmen, wie steht es um Neupflanzungen, Ausgleichszahlungen und die zahlreichen Eingaben gegen eine der unsinnigsten Baumaßnahmen der vergangenen Jahre?

Derzeit wird in den politischen Gremien die längst überfällige Novelle der Kölner Baumschutzsatzung beraten. Diese wird nach zwölf Jahren zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes neu gefasst und in wesentlichen Punkten verschärft. Der Satzungszweck betont ausdrücklich die Eigenart und Schönheit der Bäume, die Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt sowie die Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas. Die Baumaßnahme am Venloer Wall steht dazu in eklatantem Widerspruch.